

NACHRICHTEN

Russland will Leiche Hitlers verbrannt haben

MOSKAU: Russland hat nach eigenen Angaben 1970 die Verbrennung der Überreste von Adolf Hitler veranlasst. KPdSU-Generalsekretär Breschnew habe der Verbrennung zugestimmt, um den Fund der sterblichen Überreste Hitlers zu verhindern. Wie der Chefarchivar des russischen Geheimdienstes FSB, Jakow Pogoni, am Mittwoch mitteilte, wurden damals auch die Überreste von Hitlers Lebensgefährtin Eva Braun und des Ehepaars Goebbels eingeschert. Pogoni sprach bei der Eröffnung der Moskauer Ausstellung «Agonie des Dritten Reiches». Die Leichen waren Pogoni zufolge im Februar 1946 heimlich im Hof eines Magdeburger Hauses vergraben worden, wo sowjetische Soldaten untergebracht waren. Im März 1970 habe der damalige Chef des Geheimdienstes KGB und spätere kurzzeitige Staatschef Juri Andropow in einem Brief an den Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, die Einschüchterung vorgeschlagen. Andropow hatte laut Pogoni darauf hingewiesen, dass bei bevorstehenden Bauarbeiten an dem Magdeburger Haus die in Munitionskisten aufbewahrten sterblichen Überreste zum Vorschein kommen könnten. Deshalb habe Breschnew der Verbrennung der Überreste zugestimmt. In der Ausstellung, die aus Anlass des Sieges der Sowjetunion über den Hitler-Faschismus vor 55 Jahren stattfindet, wird auch ein Teil von Hitlers Schädel gezeigt. Hitlers Todesumstände und der Verbleib seiner Leiche sind seit Jahrzehnten Gegenstand zahlreicher Spekulationen.

Russischer KFOR-Soldat tot aufgefunden

PRISTINA: Ein russischer KFOR-Soldat ist im Kosovo tot aufgefunden worden. Wie ein Sprecher der internationalen Friedenstruppe am Donnerstag mitteilte, wurde die Leiche am Mittwoch mit einem Kopfschuss nördlich von Logowaz gefunden. Die UNO-Polizei sei dabei, die Todesumstände zu klären. Der russischen Nachrichtenagentur Interfax zufolge handelt es sich bei dem Toten um einen Fallschirmjäger, der mit seiner Einheit in der Provinzhauptstadt Pristina stationiert war. Der Soldat sei schon seit zehn Tagen vermisst worden, meldete Interfax. Nach seinem Verschwinden habe er aber noch vor wenigen Tagen bei seiner Familie in Russland angerufen und mitgeteilt, er kehre möglicherweise bald nach Hause zurück.

Tanjung: Bin Laden hält sich im Kosovo auf

BELGRAD: Der mutmassliche Terrorist Osama bin Laden hält sich einem Bericht der amtlichen jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjung zufolge im Kosovo auf. Er habe in der östlichen Region eine 500 Mann starke Truppe gebildet. Damit wolle bin Laden Anschläge im Kosovo sowie in den an die Provinz angrenzenden Gebieten Presevo, Medvedja und Bujanovac verüben, meldete die Agentur am Mittwoch. Der saudische Milliardär bin Laden wird von den USA beschuldigt, die beiden blutigen Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998 geplant zu haben. Dabei starben mehr als 220 Menschen. Nach Angaben von Tanjung hielt er sich bislang in Afghanistan versteckt.

Chirac kritisiert israelische Besiedlung

PARIS: Heftig kritisiert hat Frankreichs Präsident Jacques Chirac die israelische Besiedlung des seit 33 Jahren besetzten Westjordanlandes. Nach einer eineinhalbstündigen Unterredung mit Palästinenserchef Jassir Arafat in Paris betonte Chirac am Mittwochabend: «Der Siedlungsprozess, der sich fortzusetzen scheint, entspricht weder dem Geist von Oslo noch dem des Friedens.» Die israelische Besiedlung der palästinensischen Gebiete stelle eines der wichtigsten Hindernisse bei einem Abkommen über den späteren Status der Autonomiegebiete dar. Chirac rief Palästinenser wie Israelis zu gegenseitigen Vertrauensbeweisen auf. Arafat, der zuvor an einer Veranstaltung der Kultur- und Wissenschaftsorganisation der Vereinten Nationen (UNESCO) teilgenommen hatte, dankte Chirac für die herausragende Rolle seines Landes bei der Vermittlung im Nahen Osten. «Der Frieden ist nicht nur eine israelisch-palästinensische Frage, sondern umfasst die gesamte Region», sagte Arafat. Er wünsche sich, dass die USA und die Europäische Union (EU) ihre Anstrengungen zusammenführten, um zu einem dauerhaften Frieden für die Region zu gelangen.

Kiep mit Widersprüchen

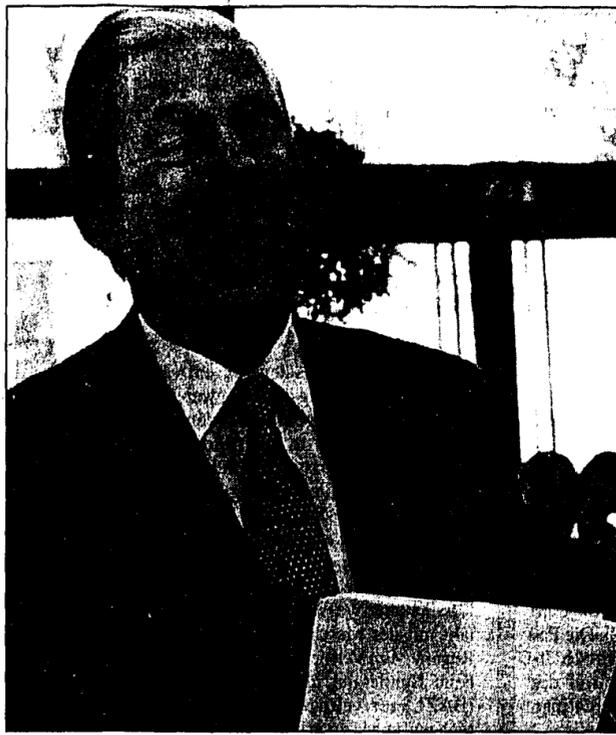
CDU-Spendenaffäre: Ex-Schatzmeister Kiep will nichts von «schwarzen Kassen» gewusst haben

BERLIN: Der frühere CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep hat sich vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Spendenaffäre in Widersprüche verwickelt. Von schwarzen Kassen will Kiep nichts gewusst haben.

Kiep trat zugleich Vermutungen entgegen, an die Regierung Kohl könnten Schmiergelder geflossen sein. Während seiner 21-jährigen Tätigkeit als Schatzmeister habe es niemals Anhaltspunkte gegeben, dass Kohl oder andere Regierungsmitglieder «eine Entscheidung von finanziellen Zuwendungen jeglicher Art abhängig gemacht hätten».

Unvollständige Angaben

Kiep räumte auf hartnäckige Nachfragen von Ausschussmitgliedern am Donnerstag jedoch ein, dass er im Zusammenhang mit einem Rüstungsprojekt, das der Waffenlobbyist Karlheinz Schreiber in Kanada plante, unvollständige Angaben gemacht habe. Kiep hatte in einer Erklärung vor dem Ausschuss zunächst nur bestätigt, dass er am 27. April 1993 einen Brief Schreibers an den damaligen Kanzler Kohl weitergeleitet habe. Er habe lediglich am 10. Mai desselben Jahres ein Gespräch mit Kohl geführt, bei dem es möglicherweise am Rande um Schreibers Anliegen gegangen sein könnte. Daraufhin hielt der SPD-Vertreter im Ausschuss, Peter



Der ehemalige CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep will nichts von angeblichen «schwarzen CDU-Konten» gewusst haben. (Bild: Keystone)

Wilhelm Danckert, Kiep vor, es existiere ein weiteres Schreiben Kieps vom 28. Mai 1993 an Kohl, in dem es um das Projekt gegangen sei.

Keine Erinnerung

Kiep sagte daraufhin, an diesen

Brief habe er keine Erinnerung gehabt. Seine Unterlagen seien offensichtlich unvollständig. Seine mangelnde Erinnerung könne an seinem «fortgeschrittenen Alter» liegen. Kiep ist 74 Jahre alt. Danckert bezweifelte daraufhin die Glaubwür-

digkeit von Kieps Aussagen auch zu anderen Themenkomplexen.

Kiep gilt als Schlüsselfigur der Finanzaffäre. Durch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Augsburg gegen ihn war die Affäre ins Rollen gekommen. Der 74-Jährige beteuerte vor dem Ausschuss, er sei «aus allen Wolken gefallen», als er von den Geheimkonten erfahren habe.

Die Verantwortung für den Aufbau des «umfassenden Kontenlabyrinths» wies Kiep vor allem dem früheren CDU-Finanzberater Horst Weyrauch zu. Weyrauch sei für den buchhalterischen Teil der Spendenabwicklung zuständig gewesen und Uwe Lütjhe als früherer Generalbevollmächtigter der CDU-Schatzmeisterei für die technischen Einzelheiten.

Ungenügende Kontrolle

Kiep räumte ein, nicht genügend die Aktivitäten Weyrauchs und Lütjhes kontrolliert zu haben: «Diesen Vorwurf muss ich mir sicher machen lassen.» Er habe sich damit begnügt, dass sein langjähriger Vertrauter Weyrauch ihm zugesichert habe, dass «alles in Ordnung sei».

Laut Staatsanwaltschaft soll Kiep im August 1991 zugegen gewesen sein, als Weyrauch in der Schweiz von Schreiber unversteuertes Geld in Höhe von einer Million Mark in bar entgegennahm. Mit einem Augsburger Haftbefehl gegen Kiep war am 5. November vergangenen Jahres die Finanzaffäre ins Rollen gekommen.

Amato präsentiert Aktionsprogramm

Regierung Italiens: Kernpunkte der Regierungsarbeit vorgestellt

ROM: Italiens neuer Ministerpräsident Giuliano Amato hat am Donnerstag dem Parlament die Kernpunkte seiner Regierungsarbeit vorgestellt. Die Koalitionsparteien rief er zur Geschlossenheit auf.

In seiner Rede erklärte sich Amato entschlossen, für die Konsolidierung des Mitte-Links-Bündnisses zu arbeiten und zugleich den Dialog mit der Opposition offen zu halten.

Der Ministerpräsident erklärte sich sicher, dass seine Übergangsregierung Italien bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2001 führen werde.

Amato betonte, dass er sich für eine Wahlrechtsreform einsetzen werde, die Italien stärkere politische Beständigkeit verleihen sollte. Daher sei die für den 21. Mai vorgesehene Volksabstimmung von ausschlaggebender Bedeu-

tung. Die Stimmberechtigten werden dann über die Einführung des reinen Mehrheitswahlrechts entscheiden.

Der 61-jährige Ministerpräsident sagte, Italien habe die Sanierungsaktion für die Finanzen des Landes im Wesentlichen erfolgreich durchgeführt. Man dürfe bei den Sparbemühungen jedoch nicht nachlassen, weiterhin die Ziele zu verfolgen, die mit Brüssel verein-

bart wurden. Amato forderte weitere Anstrengungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Italienische Unternehmen sollte zudem seiner Ansicht nach durch weniger Staatsgängelung geholfen werden, auf den Weltmärkten konkurrenzfähiger zu werden. Amato erklärte, dass sich seine Regierung auch verstärkt für Sicherheit und im Kampf gegen die Kriminalität engagieren werde.

Schüssel zu Besuch in Budapest

«Exzellente Nachbarschaftsbeziehungen»

BUDAPEST: Der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hat am Donnerstag auf Einladung seines ungarischen Amtskollegen Viktor Orban einen eintägigen Arbeitsbesuch in Ungarn absolviert.

Im Anschluss an die Gespräche betonten die beiden Regierungschefs die Intensität der gutnachbarlichen Beziehungen und die viel versprechenden Perspektiven der weiteren Zusammenarbeit. Es handelte sich um den ersten Besuch des Wiener Kanzlers in einem Land, das Kandidat für den EU-Beitritt ist. Die 14 EU-Mitgliedsstaaten haben die bilateralen Kontakte zur Wiener Regierung eingefroren, seitdem in ihr die rechtspopulistische FPÖ vertreten ist.

Grundsätze

«Gewisse Grundsätze der österreichischen Aussenpolitik bleiben (vom Regierungswechsel) unberührt», erklärte Schüssel. Dazu gehören nach seinen Worten «das Bekenntnis zur Mitgliedschaft in der EU und zu deren Erweiterung» sowie «das Wissen, dass wir exzellente Nachbarschaftsbeziehungen zu Ungarn und zu anderen Nachbarländern pflegen werden».

Er kündigte ausserdem an, dass

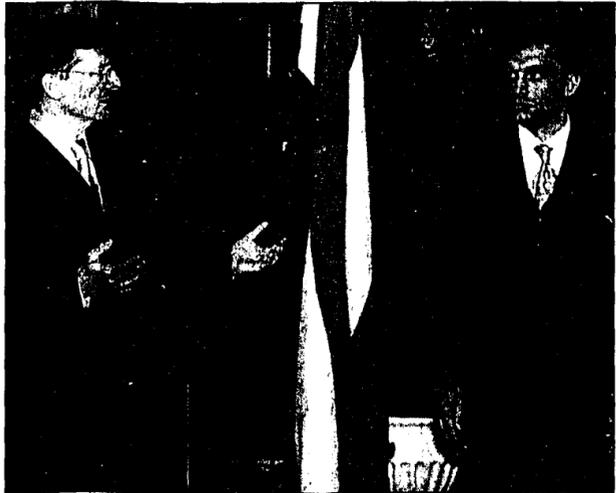
Österreich 1,5 Millionen Schilling (170 000 Franken) Hilfe zur Bekämpfung des Hochwassers an der ungarischen Theiss beitragen werde.

«Strategische Frage»

Orban unterstrich, dass seine Regierung das Verhältnis zu Wien «weiterhin als strategische Frage» betrachte. Sein Land vertraue darauf, «dass Österreich seine Politik

der Unterstützung der EU-Erweiterung auch künftig fortsetzt».

Es sei «in jeder Hinsicht richtig» gewesen, dieses Treffen auf höchster Ebene «innerhalb kürzester Zeit seit dem Regierungswechsel» vorbereitet und durchgeführt zu haben, fügte Orban hinzu. Der Besuch des österreichischen Kanzlers war in Budapest mit Blick auf die Politik der EU-Staaten gegenüber Wien umstritten.



Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (links) wollte zu einem Besuch beim ungarischen Premierminister Victor Orban. (Bild: Keystone)

Sezer verpasst Mehrheit

ANKARA: Der oberste Verfassungsrichter Ahmet Necdet Sezer ist am Donnerstag wider Erwarten nicht in der ersten Runde zum Präsidenten der Türkei gewählt worden. Der 58-Jährige verpasste die Zweidrittel-Mehrheit. Sezer bekam im Parlament nur 281 von 550 Stimmen, erforderlich wären mindestens 367 Stimmen gewesen. Am Montag hatte die Regierungskoalition von Ministerpräsident Bülent Ecevit sich überraschend auf Sezer als Kandidaten geeinigt und für den Vorschlag auch die Unterstützung der Opposition erhalten. Die zweite Runde der Präsidentschaftswahl soll am kommenden Montag stattfinden, auch dann braucht Sezer eine Zweidrittel-Mehrheit. Erst ab einem möglichen dritten Wahlgang würde die einfache Mehrheit reichen. Sezer soll nach dem Willen der Regierung Nachfolger von Süleyman Demirel werden. Die Amtszeit des derzeitigen Präsidenten läuft Mitte Mai aus. Ecevit hatte sich im Parlament vergeblich um eine Verlängerung der Amtszeit Demirels bemüht. Der 58-jährige Sezer steht seit zwei Jahren an der Spitze des Verfassungsgerichts.